Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7360**

14. Wahlperiode 07. 11. 2001

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Rainer Brüderle, Gudrun Kopp, Ina Albowitz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 14/7194 –

Wirtschaftliche Lage und Geldpolitik

Vorbemerkung der Fragesteller

Im europäischen Vergleich ist Deutschland bei wichtigen gesamtwirtschaftlichen Indikatoren – Wirtschaftswachstum und jüngste Arbeitsmarktentwicklung – ganz ans Ende zurückgefallen.

Die Auswirkungen der Anschläge in den USA auf die europäische Wirtschaft können noch nicht abgeschätzt werden. Unbestritten ist, dass der Primärimpuls auch auf den Euro-Raum negativ sein wird.

Seit August hat die Europäische Zentralbank (EZB) ihren Hauptrefinanzierungssatz um insgesamt 75 Basispunkte gesenkt. Andererseits sieht die EZB angesichts wieder fallender Ölpreise die Preisstabilität zunächst als gewährleistet an. Die Geldmenge M 3 ist zuletzt sehr stark gewachsen.

1. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die aktuelle Geldpolitik der EZB Impulse für eine wirtschaftliche Belebung der Euro-Zone setzt?

Die Bundesregierung kommentiert die Geldpolitik der EZB nicht.

2. Wenn ja, wie erklärt sich die Bundesregierung das relativ schlechte Abschneiden der deutschen Volkswirtschaft im europäischen Vergleich?

Die gegenwärtige wirtschaftliche Abschwächung betrifft nicht nur die deutsche Volkswirtschaft, sondern ist weltweit mehr oder weniger ausgeprägt zu beobachten. Vieles spricht dafür, dass Deutschland aufgrund seiner insgesamt engen weltwirtschaftlichen Verflechtung im europäischen Vergleich durch die direkten und indirekten Effekte aus der Abschwächung der Weltwirtschaft für Deutschland besonders stark betroffen ist: Zum Beispiel liegt der Extra-Handelsanteil (Exporte in Nicht-EU-Länder) Deutschlands am gesamten Außenhandel mit 44 % spürbar höher als im Durchschnitt der restlichen EU-Länder

---

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 2. November 2001 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

(ca. 36 %). Auch hat die Verschlechterung der Terms of Trade, insbesondere der Anstieg der Ölpreise im Jahr 2000 zu einer deutlichen Abschwächung des privaten Verbrauchs in Deutschland geführt. Im Übrigen hat sich gezeigt: Aufgrund ihrer umfassenden weltwirtschaftlichen Verflechtung durch globale Direktinvestitionen der Unternehmen, die Verbundenheit von Finanzmärkten und Börsenentwicklungen ist die deutsche Wirtschaft weit stärker von externen Einflüssen abhängig, als es allein die Außenhandelsdaten zum Ausdruck bringen.

Inzwischen haben die USA Maßnahmen beschlossen, die auf eine schnelle Rückgewinnung der gesamtwirtschaftlichen Dynamik dort gerichtet sind, wie z. B. die mehrfachen Zinssenkungen der US-Notenbank/Federal Reserve Board (Fed), das Steuersenkungsprogramm der US-Administration sowie weitere geplante finanzpolitische Stützungspakete. In dem Maße, wie diese Schritte die Binnennachfrage in den USA stärken, dürfte die wirtschaftliche Belebung in Deutschland davon auch wieder entsprechend stärker profitieren.

Ein weiterer prägender Faktor für den Konjunkturverlauf in Deutschland ist die ungünstige Entwicklung in der Bauwirtschaft. Hier weist Deutschland im Vergleich zu den anderen EU-Ländern einen deutlich anderen Zyklus auf, der sich im Wesentlichen durch die Auswirkungen der Wiedervereinigung erklären lässt und das gesamtwirtschaftliche Wachstum erheblich belastet hat. Durch steuerliche Anreize („Sonderabschreibungen Ost“) wurde vor allem in den neuen Bundesländern Anfang bis Mitte der neunziger Jahre ein ausgeprägter Bauboom (mit Zuwachsraten von real z. T. über 40 %) forciert. Dabei wurden erhebliche Überkapazitäten geschaffen, die die Nachfrage bei weitem überschritten (ca. eine Million leerstehende Wohnungen in neuen Ländern, gewerbliche Leerstandsquoten von z. T. über 30 %). Die seit Mitte der neunziger Jahre einsetzende „Normalisierung“ dieser Entwicklung hat das gesamtwirtschaftliche Wachstum erheblich belastet. Ohne den negativen Beitrag des Bausektors hätte das Bruttoinlandsprodukt-Wachstum im Jahr 2000 über dem französischen gelegen. Auch in diesem Jahr dürfte ein negativer Impuls von ähnlicher Größenordnung von der fortgesetzten Kontraktion der Bauwirtschaft ausgehen.

Gemessen an den international vergleichbaren Arbeitslosenquoten ist die Arbeitsmarktsituation in Deutschland günstiger als in anderen großen EU-Ländern wie Spanien, Italien und Frankreich. Obwohl der deutsche Arbeitsmarkt immer noch erheblich durch die Wiedervereinigung belastet ist (doppelt so hohe Quote in Ostdeutschland wie in Westdeutschland), lag die Quote im August mit 7,9 % in Deutschland unter dem Durchschnitt in der Euro-Zone und damit erheblich niedriger als in den anderen großen Mitgliedstaaten, nämlich in Spanien 13,0 %, in Italien 9,5 % und in Frankreich 8,5 %.

3. Wie hat sich die Zinsstrukturkurve in Euro-Land seit Anfang August 2001 entwickelt?

Seit Anfang August 2001 verschob sich die Zinsstrukturkurve im Eurogebiet zunächst parallel über das gesamte Laufzeitenspektrum nach unten. Vor dem 11. September 2001 waren die fallenden Renditen Ausdruck der schlechter werdenden wirtschaftlichen Aussichten beiderseits des Atlantiks, am kurzen Ende waren sie auch Folge der Zinssenkungen der EZB. Der Zinsrückgang verstärkte sich im Anschluss an die Attentate von New York vor allem im kurzen bis mittleren Laufzeitenbereich, so dass sich der Renditeabstand zwischen zehnjährigen Staatsanleihen im Euroraum und dem Drei-Monats-EURIBOR, der im August bei 70 Basispunkten gelegen hatte, auf ca. 85 Basispunkte ausweitete. Nach den konzertierten Zinssenkungen der Notenbanken vom 17. September 2001 ist die Zinsstrukturkurve dann erneut deutlich steiler geworden mit der Folge, dass sich der Renditeabstand zwischen kurzem und langem Ende der Kurve auf ca. 130 Basispunkte vergrößert hat.

4. Wie beurteilt die Bundesregierung die dahinterstehenden Umschichtungen der Anleger?

Die hinter der Entwicklung der Zinsstrukturkurve stehenden Umschichtungen der Anleger entsprechen dem üblichen Anlegerverhalten in unsicherem Marktumfeld: Vor den Ereignissen vom 11. September 2001 erfolgten Umschichtungen vom Aktien- in den Rentenmarkt im Hinblick auf die eingetrübten Konjunkturaussichten und Gewinnrückgänge vor allem in der Technologiebranche. Nach dem 11. September 2001 erhöhte sich der Druck auf die Aktienkurse bei gleichzeitig steigenden Kursen am Rentenmarkt, weil institutionelle und private Anleger verstärkt den „sicheren Hafen“ festverzinslicher Staatspapiere suchten. Erwartungen weiterer Zinssenkungen führten dabei zu einer stärkeren Nachfrage im kurzen bis mittleren Laufzeitenbereich, während am langen Ende die Sorge vor wieder steigenden Staatsdefiziten und Inflationsraten den Renditerückgang bremste.

5. Welche gesamtwirtschaftlichen Gründe sieht die Bundesregierung für die unterschiedlichen zinspolitischen Strategien von EZB und amerikanischer Notenbank?

Siehe Antwort zu Frage 1.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333